

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen



## Der Wahlkampf hat begonnen!

Von Birgit Kühn

Unglaublich, aber wahr. Ein Jahr, bevor die Kommunalwahl im Herbst 2008 stattfindet, erschien in der Zeitung (MOZ) ein Artikel mit der Überschrift:

„CDU rechnet mit halb Angermünde ab“

Auslöser war ein Rundschreiben vom Fraktionsvorsitzenden Herrn Maaß (CDU - Ortsverband Angermünde) an



seine Mitglieder und Wählerkandidaten. Dieser Brief wurde der Presse zugespielt. Kurze Zeit später veröffentlichte ein Verein den gesamten Inhalt.

Der ewige Streit um die Mälzerei in Angermünde muss wohl Herrn Maaß das Blut zum Kochen gebracht haben. Herr Maaß rechnete mit allen Vereinen ab, die sich mit diesem Thema beschäftigten und eigene Vorschläge für dieses Projekt einbrachten. Aber nicht nur die Vereine sind ihm ein Dorn im Auge, sondern auch die bevorstehenden Kandidaten zur nächsten Kommunalwahl.

Unser Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“ wird zur nächsten Kommunalwahl kandidieren. Der Fraktionsvorsitzende der CDU Angermünde schrieb wörtlich in seinem Rundbrief:

„... Ob es der Kulturverein oder Frau Kühn vom Bürgerbündnis gegen Sozialabbau ist, die Positionen werden abgesteckt. Wir von der CDU, dürfen uns in diesem Spiel nicht verstecken, aber auch nicht das Feld räumen. Schauen wir uns die potentiellen Mitbewerber an. Die Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau ist eine Gruppe, die eine Homepage unterhält, die mit der PDS und einem Verein verlinkt ist, dem ausschließlich Stasi-Angehörige, Eliten aus der SED und ehem. Militäranghörige der DDR angehören. Diese Gruppe schimpft öffentlich auf das demokratische Deutschland (mit seinen Fehlern, die es gibt). Sie sollen nicht vergessen, dass sie die Privilegien (Meinungsfreiheit, hohe Rente, Reisefreiheit etc.) nicht hätten, hätten wir noch die DDR. Nun wissen Sie wessen Kind das Bürgerbündnis ist. ...“

Diese Aussage des Fraktionsvorsitzenden der CDU Angermünde bestärkt unseren Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“, **jetzt erst recht zu kandidieren**. Diesen Vorfall mit seinen Lügen und Diffamierungen haben wir auf unsere Homepage öffentlich gemacht. Das weiß auch unsere CDU. Die CDU hat wahrscheinlich ihren eigenen Stil gefunden, um in den Wahlkampf zu ziehen.

Mit diesem Bericht wollten wir nicht nur über unsere CDU berichten, sondern allen Mut machen, jetzt erst recht den Widerstand auszubauen. Wir zeigen hier offen, mit welchen Mitteln eine christliche Partei in den Wahlkampf zieht. Die etablierten Parteien wollen uns weg haben. Das dürfen wir nicht zulassen. „Der Widerstand lebt“, deshalb brauchen wir eure Solidarität. Lasst uns alle gemeinsam bundesweit der CDU und SPD eine furchtbare Angst machen. Unser Kampf gegen die CDU Angermünde hat nun begonnen. Seit diesem Rundbrief stehen wir in Briefkontakt mit dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Maaß. Durch seine Bundespolitik, die er ja vertritt, ist er ganz leicht angreifbar. Wir haben zwar keine Privilegien, wie Herr Maaß sich so schön ausdrückt, aber wir haben die Meinungsfreiheit. Diese Meinungsfreiheit sollten wir alle nutzen und die Missstände aufdecken.

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. ([kontakt@artikel-eins.com](mailto:kontakt@artikel-eins.com))

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

# ÜBERFLÜSSIGE plakatiere- ren SPD als überflüssig!

Mit Großplakaten vor dem Willy-Brandt-Haus der SPD haben Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener Gruppen der Sozialprotestbewegung die SPD heute für überflüssig erklärt. Die überdimensionalen Plakate mit dem Slogan „Soo ist die SPD überflüssig – erklären 7 Millionen ausgegrenzte

kaltschnäuzig geblieben sei. Führende Sozialdemokraten haben erklärt, beim ALG I gebe es eine „gefühlte Gerechtigkeitslücke“ - ohne zu begreifen, dass es eine reale Gerechtigkeitslücke gibt: Die ALG I-Debatte lenkt davon ab, dass ALG II nicht für ein menschenwürdiges Leben ausreicht. Die Verlän-



HartzIVler, Prekarisierte und die von Alters- und Kinderarmut Betroffenen“ wurden vor dem Haupteingang der SPD-Zentrale aufgestellt.

Diese Aktion attackiert die jüngsten SPD-Parteitagbeschlüsse zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als neoliberalen Sozialdemokratismus, der schröderisch-

gerung des ALG I für Ältere kann deshalb den rapiden Glaubwürdigkeitsverlust der SPD nicht stoppen. Die SPD benimmt sich wie ein Quacksalber, der auf eine klaffende Wunde ein lächerliches Pflaster pappt.

Solange die SPD nicht selbst die Agenda 2010-Politik als gigantisches Täusch-

ungsprojekt zurücknimmt, solange sie Menschen mit HartzIV-Regelsätzen, die zum Leben nicht reichen, stiefeltreterisch traktiert, solange sie mit Zwangsumzügen millionenfache Ängste schürt, solange sie 2,3 Millionen Kinder verarmen lässt, solange sie mit bürokratischen Kontrollen Menschen entwürdigt, solange für die SPD nur der Mensch ein Mensch ist, der sich arbeitsmarktpolitisch „rechnet“ - solange bleibt die SPD überflüssig.

Die Aktion „Soo ist die SPD überflüssig“ findet im Zusammenhang eines dezentralen Aktionstages der Sozialprotest-Initiativen in 37 Städten statt. Die Spannweite der Aktionen reicht von Demonstrationen, „Besuchen“ von Arbeitsagenturen, Aktionen gegen die Rekrutierung von Soldaten in Arbeitsagenturen und Schulen bis hin zu Abgeordneten-Beobachtung.

Gez.:

Prof. Dr. Peter Grottian, Rainer Wahls, Edgar Schu, Benedict Ugarte Chacón

## Damit die Unterschiede beim *Aufschwung für alle* deutlich werden!

Von Hans Lorenz, Berlin

Wenn jetzt einige Großbanken in die Wüste geschickt werden, weil sie mit der Immobilienkrise nicht nur Millionen, sondern Milliarden weltweit in den Sand gesetzt haben, ist es doch wohl gerechtfertigt, dass man sie mit einem Gnadenbrot versieht. In diesen Fällen nimmt man es nicht so genau mit den Zahlen. Die einzelnen Abfindungen belaufen sich zwischen 31.000.000 USD und 94.000.000 USD. Denn – es wird karg für diese armen Männer!

So ist man jetzt auch im *Handelsblatt* darauf gekommen, das jedes Auto pro km Geld kostet. Und weil die Herrschaften immer auf der Suche nach einem Schnäppchen sind, fanden sie, dass der Mercedes „SL 65 AMG mit 212.951 Euro das mit Abstand kostspieligste Auto im Ranking“ ist und die 3.368 Euro monatliche Unterhaltskosten unangefochten Spitze sind. Pro Kilometer schluckt der Mercedes umgerechnet stolze 2,69 Euro, weiß uns diese Zeitung der Bosse zu berichten. Der BMW 760i käme mit 1,86 Euro auf jedem Kilometer gerade auf Platz

fünf, der Jaguar schafft pro Kilometer 1,77 Euro nur noch Platz sieben.

Nur der Präsident der *Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten* ist offenbar einer der wenigen, die noch etwas von der Lage im Land wissen. Denn er stellte fest, dass „gerade für Rentner und Bezieher des Arbeitslosengeldes II auch die paar Euro für eine Busfahrt zuviel seien“. Einmal zum Arbeitsamt und zurück kostet in Berlin zwischen 4,20 Euro und 5,40 Euro – ohne Rückerstattung – versteht sich von selbst!



**Von Pfarrer Christian Führer**  
Nicolai-Kirche Leipzig

Ich grüße die Teilnehmer des 4. Sternmarsches in Berlin. Es gehört zur Verantwortung mündiger Bürger, die Finger in die wunden Punkte der Gesellschaft zu legen. „Ihr seid das Salz der Erde“, sagt JESUS. Das heißt: Uns einzubringen, uns einzumischen in das Leben der Menschen, in die Verhältnisse. Nicht Creme oder Zuckerguss oben drauf, nicht die „Bitte mit Sahne-Gemeinschaft“, die alles belässt und verharmlost, sondern die wunden Punkte aufzuspüren, und dann Salz hinein, damit nicht länger totgeschwiegen und zugedeckelt wird, was zum Himmel schreit. Damit die faulen Stellen nicht

## Gruß zum 13.10.07 in Berlin

das ganze Leben der Menschen anstecken und die Gesellschaft verderben!

Bis 1989 haben wir uns gefragt,  
- bei der Benachteiligung der Andersdenkenden,  
- bei der Militarisierung des Denkens und Handelns von Staats wegen,  
- bei dem vom Kindergarten bis zum Ende des Berufslebens verordneten Atheismus,  
- bei der Ignorierung der Schöpfungsbewahrung  
haben wir uns immer wieder gefragt:

„Was würde JESUS dazu sagen?“ – „Klar!“, sagt JESUS, „da muss Salz rein. Ihr seid das Salz!“

Und nach 1989 haben wir uns gefragt,  
- bei der Übertölpelung des Ostens im Einheitsprozess,  
- bei der ungebremsen und unkritischen Übernahme westlicher Strukturen, auch in der Kirche,  
- bei dem fragwürdigen demokratischen Spielraum für Neonazis und anderen Spielarten alltäglicher Gewalt,  
- bei Arbeitslosigkeit und „abgehängtem Prekariat“,

- bei der unverschämten Dominanz und Anbetung von Geld und Kapital:

„Was würde JESUS dazu sagen?“ – „Klar!“, sagt JESUS, „da muss Salz rein. Ihr seid das Salz!“

In besonders hartnäckige und bösartige Wunden muss besonders viel Salz rein, dort,

- wo das Geld zur neuen Religion gemacht wird,  
- wo auf dem Weg der Globalisierung ganze Kontinente ausgebeutet und Menschen zu Hunger und menschenunwürdigen Lebensbedingungen gezwungen werden,  
- wo Probleme mit militärischer Gewalt gelöst und immerfort mit Kriegen gedroht, Kriege vorbereitet und Kriege geführt werden.

Denen allen muss gründlich die Suppe versalzen werde! Da wird ungeheuer viel Salz gebraucht! Salz, damit die wunden Punkte als Wunden bewusst werden, damit sie gereinigt und zur Heilung gebracht werden können. Denn das ist der Sinn: Nicht die Provokation, nicht die Schmerzen, sondern die Heilung, Änderung, Erneuerung!

## Mehrheit pro Bahnstreik wird größer

**Von Rainer Thiel**

„Mehrheit pro Bahnstreik wird größer.“ So ist am 10. November eine Meldung in „Märkische Oderzeitung“ überschrieben, gestützt auf die Agentur AP: Bei der neuesten Umfrage des ZDF-Politbarometer gaben 57 Prozent der 1255 Befragten an, dass sie den Streik für gerechtfertigt halten – deutlich mehr als im Oktober.

Über ein Gespräch mit einem Lok-Führer berichtet am 3. November „Neues Deutschland“. Da kam zur Sprache: „Während ein 25-jähriger Lokführer mit zwei Jahren Berufserfahrung in Deutschland am Monatsende - mögliche Zuschläge eingerechnet – mit maximal 1588 Euro netto nach Hause geht, hat sein französischer Kollege 2770 Euro, der Schweizer sogar 3157. Selbst die niederländischen, italienischen, spanischen Kollegen werden deutlich besser entlohnt.“

Eine Dreckschleuder des Kapitals hatte verbreitet, moderne Lokomotiven würden ganz allein fahren. Dazu der Lok-Führer: Vor jedem Fahrt-Antritt macht er sich mit der Strecke vertraut: Welche Abschnitte sind zu durchfahren? Wo sind Baustellen? Strecke ein- oder zweigleisig? Umleitungen? Extrafahrpläne? Signale - schön und gut. Doch die Strecke muss dem Lok-Führer lebendig vor Augen liegen, stundenlang ohne Unterbrechung durch ein belebendes Gespräch mit einem Partner. Sein „Partner“ ist die Strecke, auch bei Nebel, wenn ein Signal erst im letzten Moment sichtbar wird. Um das durchzustehen, Tag und Nacht, bei jedem Wetter, pausenlos, muss er trainiert sein: Merkmal hoher Qualifikation. Bevor er losfährt, hat er den Zug durchzuchecken: Bremsen, Fahr- und Sicherheitssysteme. Dazu muss er die Wirkungsweise der Systeme durchschauen können: Qualifikation. Auch wenn er

nicht im Dienst ist, ist er durch den Dienst gebunden: Endet seine Tour in Berlin, müsste er mit dem Auto nach Wittenberge, wo er zu Hause ist. Doch dazu ist er zu müde. So schläft er bei seiner Mutter. Etliche seiner Kollegen haben in Berlin WGs gegründet, um nach einer Fahrt erst mal ausschlafen zu können. Früher hat er im Sportklub Leichtathletik betrieben. Doch heute? Unregelmäßige Einsatzzeiten, oft kurzer Schichtwechsel. Familienfreundlich ist das schon gar nicht. Er hat Anspruch auf zwei Tage Ruhe pro Woche, aber selten am Wochenende, und wann genau, erfährt er erst kurzfristig. Das ganze Leben, das Leben der Familie mit Frau und Kindern, darauf einzustellen und aushalten zu können – das ist Qualifikation. Auch der ganzen Familie. Diese Qualifikation muss die ganze Familie erworben haben. Und wenn sie das geschafft hat – Entbehrung bleibt Entbehrung.

(Fortsetzung auf Seite 4)

# Leserbriefe und Lesermeinungen



## Die Alten sollen noch ärmer werden!

Von Bernd Bettels

Es vergeht kein Tag im Staat BRD, an dem in den Medien nicht mindestens eine neue Horrornachricht verkündet wird. So auch am 25.10.2007 in der ARD-Sendung „Monitor“. Hier wurde berichtet, dass am 31.12.2007 die so-



nannte 58er-Regelung ausläuft. Diese Regelung sollte ursprünglich nur bis 2005 gelten, wurde aber klammheimlich verlängert. Ihr Inhalt war, dass über 58jährige (bis zum 65. Lebensjahr) Arbeitslose von Umschulungs- und Ein-Euro-Angeboten verschont blieben. Sie konnten also in der Regel unbehelligt erst ALG I und später ALG II beziehen. Die Fraktion DIE LINKE im Bun-

destag hat zwar den Antrag auf Verlängerung eingebracht, dieser wurde aber vor ca. 2 Wochen von den anderen Fraktionen abgeschmettert.

Was bedeutet das konkret? Ab 1. Januar 2008 muss die Arbeitsagentur für über 60jährige Bezieher von ALG I und II die Verrentung beantragen! Ein Widerspruchsrecht für die Betroffenen sieht das Gesetz nicht vor, sie haben diese Schweinerei (Entschuldigung, aber mir fällt dafür kein besseres Wort ein!) also klaglos hinzunehmen! Bis zu 18 % Rentenabschläge können es sein. Für zwangsverrentete Arbeitslose, die vor der Arbeitslosigkeit schon mit Billiglohn abgespeist wurden und deshalb noch ergänzende Sozialhilfe erhielten, sollen die Bestimmungen des SGB XII gelten. Darin steht geschrieben, dass nicht mehr der Bund, sondern die Kommunen für diese Menschen zuständig sind. Wir wissen alle, in welcher Geldnot sich die Kommunen befinden! Das alles ist an sich schon Skandal genug. Doch es kommt noch ein weiterer hinzu. Ein Bezieher von ALG II hatte bisher das Recht, pro Lebensjahr 250 EUR an Ersparnissen zu besitzen. Alles darüber

mussten er und seine Familie „verleiben“, bevor er Geld vom Staat bekam. Bei einem 60jährigen Arbeitslosen wären das also 15.000 EUR. Jetzt steht im Gesetz, dass der unfreiwillige Frührentner diese 15.000 EUR bis auf 1.600 EUR verbrauchen muss, bevor er die Altersgrundsicherung bzw. die ergänzende Sozialhilfe beantragen darf. Es kommt noch ein Aspekt hinzu. Die Kinder des zwangsweise in Rente geschickten 60jährigen und dessen Eltern (so sie noch leben) können laut Gesetz von Staatswegen zu Unterhaltszahlungen verpflichtet werden. „Monitor“ sprach davon, dass ca. 360.000 Menschen von dieser Regelung betroffen sein könnten. Es ist aus meiner Sicht mehr als eine Schande, wie einer der angeblich reichsten Staaten der Welt mit denen umgeht, die diesen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg wieder errichtet haben.

Die Würde des Menschen, wie im Artikel 1 des GG festgeschrieben, wird wieder einmal mit Füßen getreten: Statt eines Lebensabends in Würde werden viele in Armut und Not gestoßen – und das per Gesetz. Dagegen ist unbedingt etwas zu unternehmen – sofort!

**(RT)** Hatte die Junge Welt recht, als sie ihren Bericht über das Sozialform unter den Titel „Bewegungssimulation“ stellte und die kämpfenden Initiatoren mit Ironie bedachte? Welchen Anteil haben denn die kompakt vereinten Linken am Gelingen genommen? Oder gar an der Werbung ihrer eigenen Mitglieder? Was dachten deren Vertreter, als sie mit einem Seminar-Thema die Frage stellten: „Ob tatsächlich .... eine neue Dynamik aus einer Trias der sozialen und politischen Bewegungen, der Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE entstehen kann, dass muss sich erst noch zeigen.“ Wäre hier nicht Herausforderung der Gewerkschaftsführungen und der Linkspartei nötig gewesen? Und eine Forderung der Linkspartei an sich selber? Jetzt will Lothar Bisky auch noch Vorsitzender der Europäischen(!) Linken werden. Das bereitet mir zusätzlich Sorgen. Muss ich das noch deutlicher sagen?

## Mehrheit pro ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Müsste das nicht mit monatlich 4.000 Euro vergütet werden? Wie wäre es mit einer Vergütungsgruppe „Lokomotivführer“? Darüber äußert sich der Bezirksvorsitzende der GdL von Nordrhein-Westfalen in „Sozialistische Zeitung“: „Die Gehälter für Lokführer waren bis 1999 noch ganz anders strukturiert.... Diese Struktur wurde 1999 zer schlagen, weil die Bahn konsolidiert werden musste, es wurden alle in eine Tarifgruppe gepackt. Das haben wir mitgemacht, weil die Bahn damals Sanierungsfall war. Heute aber ist die Bahn eine Firma mit 2,4 Milliarden Euro Gewinn....“

Ist nun Herr Mehdorn ehrlich, sind Politiker ehrlich, wenn sie meinen, Lokführer dürften keinen eigenen Tarifvertrag haben? Ein Unternehmen – ein Tarifvertrag? Ach wo. Die Bahn ist Partner offensichtlich von 30 Tarifverträgen. Sie hat zum Beispiel einen Tarifvertrag für die Schlosser im ICE-Werk, „aber nur für die, die am ICE herum-schrauben“. Weiter. Der Bahn unterstehen 50.000 Beschäftigte des Fuhrunternehmens *Schenker*. „Die haben einen komplett eigenen Tarifvertrag.“ Dann gibt es eine Zeitarbeitsfirma der Bahn. „Lokführer, die dort anfangen, finden einen vorgefertigten Tarifvertrag und einen fertig installierten Betriebsrat vor, der von den anderen Gewerkschaften

bestimmt wurde.“ Die Bahn zeigt, „dass sie dort, wo es ihr gefällt wie bei der *DB Zeit*, auch eigene Tarifverträge nebenher macht. Den Tarifvertrag mit der *DB Zeit* wollte man auch mit uns abschließen, aber das haben wir abgelehnt. Dort wird ein Lokführer für 8,50 Euro eingruppiert bei einer 32-Stunden Arbeitswoche (= 1.088 Euro in vier Wochen), das ist absolutes Lohn-dumping. Er wird an andere Firmen ausgeliehen.... Die Bahn will jetzt 1000 Lokführer neu einstellen, die sollen wieder in eine andere neue Firma gesteckt werden, damit die Bahn nicht mit dem Tarifvertrag der *DB Zeit* in Konflikt kommt. Also wird dort schon wieder ein neuer Tarifvertrag aufgemacht.“

# Leserbriefe und Lesermeinungen



## Zweites Deutsches Sozialforum in Cottbus beendet.

Von Frank Eschholz

*Viele Initiativen der „Sozialen Bewegung Land Brandenburg - SBB“ mit dabei*

Das Presseecho zum 2. Sozialforum in Deutschland ist recht „durchwachsen“ ausgefallen. Wie man die Ergebnisse des 2.SFiD bewertet, hängt in erster Linie davon ab, was man erwartet hat. Wer fertige Antworten auf die vielen anstehenden Fragen der politischen Arbeit und Zusammenarbeit, wer fix und fertig ausgeklügelte neue Aktionskonzepte erwartet hat, der wurde vielleicht enttäuscht. Viele Veranstaltungen hatten den Charakter von Arbeitsberatung und Erfahrungsaustausch, was durchaus der Sozialforums-idee entspricht. Neue Ideen, so notwendig sie auch sind, kann man nicht erzwingen! Sie müssen reifen und es muss die Zeit sein, sie zu diskutieren. Das hat das Wochenende in Cottbus geleistet!

Das große Manko des 2. SFiD war mit Sicherheit die hinter allen Erwartungen zurückgebliebene Teilnehmerzahl. Mit etwa 1000 Teilnehmern wurde nur ein Drittel vom 1. Forum 2005 in Erfurt erreicht. Kaum zu leugnen ist der Eindruck, dass dieses Sozialforum nur von Menschen besucht und wahrgenommen wurde, die bereits im Spektrum der teilnehmenden Organisationen und Initiativen mitarbeiten. Die „Normal-

<http://www.soziale-bewegung-land-brandenburg.de/index.php>

bürger“ wurden leider nicht erreicht. Über die Werbestrategie für künftige Sozialforen sollte neu nachgedacht werden. So hilfreich hierbei die Unterstützung der Gastgeberstadt auch ist, inhaltspolitische Zugeständnisse und Rücksichtnahmen sollten damit nicht „verkauft“ werden. Beispiel: Die Ablehnung des „Besuchs“ der Demonstration beim Energiekonzern „Vattenfall“, weil er ein großer Sponsor in der Stadt ist.

Die Vielfalt der Akteure und ihrer Themen, sowie Größe und Infrastruktur der Veranstaltungsorte hatten das Potential, weit mehr Interessierte aufzunehmen und einzubeziehen. In 10 großen Themenkonferenzen, über 170 Workshops und Seminaren, in Diskussionsrunden und Vernetzungstreffen, in Kino und Kulturveranstaltungen war für jeden etwas dabei. Da fiel die Entscheidung oft schwer, wohin man gehen sollte.

Positive Bilanz dieses Sozialforums ist der Wille zur Zusammenarbeit! Vor allem aus Richtung der Gewerkschaften und der Linken war dieses Signal unübersehbar. Es wurde von „Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe in allen gemeinsamen Themenbereichen“ gesprochen. Dies muss sich nun mit Leben füllen. Die Möglichkeiten für strategische Absprachen, des Kennenlernens und der Vernetzung bis

hin zur Diskussion über gemeinsame Projekte wurden vom gesamten Spektrum der anwesenden Initiativen intensiv genutzt. Die Ergebnisse reichen von ersten Planungsansätzen bis zu konkreten Projekten. Als Beispiele seien hier



nur der „Global-Action-Day“ am 26. 1. 08 und ein großes „Klimacamp“ im Sommer 2008, gegen die monopolistische Politik der Energiekonzerne herausgegriffen.

Diese Vielfalt an Initiativen, Bewegungen und Organisationen, die gegen die weitere Kapitalisierung der Gesellschaft auftreten, haben mit der Sozialforumsbewegung ein ideales Dach für den Gedankenaustausch und ihre Zusammenarbeit. Deshalb müssen die Sozialforen fortgeführt und in der Öffentlichkeit mehr bekannt gemacht werden. Darum: **Nach dem Sozialforum ist vor dem Sozialforum!** Lassen wir keine Zeit verstreichen und auf die Organisation des 3. Sozialforums in Deutschland hinarbeiten!

## „Gelesen bei anderen - SBB-Forum“ zum Thema: Streik der GdL

... ich stimme Dir vollkommen zu. Sollte der Kampf der GdL verloren gehen, so hat das massive Auswirkungen auf alle weiteren Tarife und die kommenden Tarifverhandlungen. Dann hat das Lager der „Eigentümer“, das Lager der Unternehmer, erst einmal endgültig gewonnen und wird die Arbeiter und Angestellten wie den letzten Dreck behandeln.

Wenn jedoch der Kampf gewonnen wird, (das hoffe und unterstütze ich) so kann das den Arbeitern Aufschwung geben und die Gewerkschaftsfunktionäre in Zugzwang bringen. Dann können sie nicht mehr behaupten, es lie-

ge an der Basis oder es war nicht mehr erreichbar. Beide Argumente stehen nicht mehr und die Gewerkschaftsmitglieder können endlich klare Forderungen an „ihre“ Vertreter weitergeben. Mit Kampfesgrüßen  
Günther Wassenaar

... Die Verräter sitzen nicht bei der GdL sondern bei TRANSNET in der Führung. So ist es (leider)!!! Über die TRANSNET äußere ich mich nicht mehr. Wer aus dem DGB aussteigen will und für die Bahnprivatisierung ist, sollte seine Position als Arbeitnehmervertreter überdenken und ins Arbeitgeber-

lager wechseln.

Die GdL Mitglieder sind kampfbereit auch vor Ort in Gera und ihre Forderungen sind nicht überzogen! Meine Forderung, 30 Prozent für Alle, akzeptieren sie u.a. mit dem Hinweis, dass Mehdorn dann 32 Prozent zurück geben muss und der Aufsichtsrat noch viel mehr.

Die Gier ist das Übel der Reichen und die Angst das Übel der Armen. Um ein Stück der Angst los zu werden, muss die GdL ihren Arbeitskampf gewinnen!!!  
Grüße aus Gera,  
Thomas Elstner

# Der Verkauf von Louisiana

**Es wird sein eine Zeit, da ist alles mit allem verknüpft.**

Aus „Filosofische Märchen“  
Von Klaus Buschendorf, Erfurt  
ISBN 3-8311-4552-0

Bevor er auf Sankt Helena starb, glaubte er nicht, sie zu treffen, die Großen, Alten. Nun lag das körperliche Leben hinter ihm. Er war wieder Schüler wie einst auf der Kriegsakademie. Seine großen, alten Lehrer interessierte nicht, dass er zu seinen Lebzeiten Europa erzittern ließ, um die Freiheit zu erstreiten wieder königliche Tyrannen.

Als Plato seine Arbeit über Recht flüchtig überflog, fragte er: „Darf man einen Dummen betrügen?“ – „Natürlich



nicht“, antwortete er, „das verbietet sich von selbst.“ – „Schau in deinen Code zivil, dein Lebenswerk, wie du selber sagst. Antworte dann!“

Wollte ihn der Alte demütigen? Stolz erinnerte er sich der Schlacht bei Austerlitz. Er hatte die zwei mächtigen Kaiser Europas mit ihren Fürsten geschlagen. Auf die vielen Throne Europas setzte er seine Marionetten. Sein freies Frankreich, der russische Zar und das widerspenstige England blieben als letzte, ernst zu nehmende Mächte. Bei so viel Landgewinn für die Freiheit brauchte er die ferne Kolonie in Nordamerika nicht mehr. Louisiana, jenseits des Mississippi gelegen, das riesige, schemenhafte, fast unbegangene Land verkaufte er billig an Brüder im Geist, die amerikanischen Kolonisten. Sie hatten England geschadet mit ihrem Unabhängigkeitskrieg. Sollten sie das Land besiedeln und ihre Armseligkeit überwinden.

Nach Austerlitz schien ihm Zeit zu vollbringen, weshalb er Schlachten schlug und Königreiche eroberte. Die neue Ordnung der Revolution goss er in Worte. Er schrieb fast allein das Werk, welches zur juristischen Grundlage der folgenden Jahrhunderte wurde. Der Code zivil sollte jeden frei entfalten lassen. Zuerst kam für ihn die Freiheit der Person. Die Freiheit, für die er gekämpft, stand bei Vertragsgestaltung über allem.

Die amerikanischen Kolonisten im fernen Louisiana brachten Whisky mit zum Vertragsabschluss mit den Indianern. Nach Friedensschluss und Friedensfeier waren die Ureinwohner Fremde auf Land, das ihnen nicht mehr gehört. Land verkauft, Vertrag ist Vertrag. Der Eigentümer hat recht. Der Indianer wehrt sich, doch – was soll's? Pfeile gegen Kugeln, Krieger gegen Truppen – und der Eigentümer hat immer recht. Fairness? Das Wort wird erst viel später geprägt – im Sport. Den gab es nicht zu Napoleons Zeiten. Sind die daheim gebliebenen Europäer besser als ihre ausgewanderten Kolonisten? Sind sie – fair? – Der große Feldherr und Rechtsbringer schaut in die Verträge von heute.

Der junge Existenzgründer sitzt mit seiner Frau bei der Bank und beantragt ein Darlehen. „Wenn ihre Frau für sie bürgt mit allem, was sie hat und erwirbt...“, sagt der Banker. Das will der Handwerksmeister nicht. „Sie müssen den Vertrag nicht unterschreiben, sie sind frei.“ Ohne Bürgschaft kein Darlehen.

In seiner Wohnstube sitzt der kleine Architekt. All seine Kraft und die seiner Bauleute stecken in den letzten, fertigen Häusern, welche die Bauherren noch nicht bezahlten: Hohe Manager, Banken, der Staat – lange schon. Seine Hausbank weiß das alles. Sie gibt keinen Kredit mehr, damit er wieder Material kaufen, Löhne bezahlen kann. Endlich findet er einen, der will ihm Kredit geben ohne lange Fragen. Da liegt der Vertrag, im Anhang zwanzig Seiten allgemeine Geschäftsbedingungen. Er unterschreibt den Vertrag und schiebt den Rest beiseite.

Der junge Poet erhält Post vom Verlag, dem er einen Gedichtband schickte. Er

hat den Vertrag vor sich, sein Erstling wird veröffentlicht! Er möge einen Kostenvorschuss zum Druck beitragen. Er ist erstaunt. Er sagt sich: Bin ich erst bekannt...! In seiner Freude übersah er, dass der Verlag die Auflage erhöhen kann, er aber auf Honorar verzichtet.

Der Autofahrer kommt an die Tankstelle und staunt über den hohen Preis. Plötzlich erinnert er sich: Feiertage! Nachfrage regiert den Preis, hat er gelernt. Der Ölkonzern ist frei, den Preis zu wählen.

Der Autofahrer fährt nach Spanien und stellt fest: Sein deutsches Auto könnte er hier billiger kaufen. Der Deutsche in Deutschland kauft gern deutsche Autos. Seinen Nationalstolz wandelt der Konzern in Konzerngewinn.

Wie lange ist das schon so, fragt sich der Revolutionsgeneral. Er geht zurück zum Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts in eine amerikanische Großstadt. Die verkaufte gerade ihre Straßenbahn. Studenten baten den Käufer in ihren Campus. Der steht ihnen Antwort, warum er den Fahrpreis erhöhte. „Sie alle lernen, erfolgreiche Geschäftsleute zu werden. Ich will das auch. Ich kaufte die Straßenbahn, um Geld zu verdienen. Wir leben in einem freien Land, dass uns Geldverdienen erlaubt. Wenn sie meinen Preis nicht zahlen wollen, bin ich ihnen nicht böse. Fahren sie mit dem Auto oder laufen sie. Jeder entscheidet selbst, was er tut.“

Erst in seiner eigenen Zeit findet er: Das Pferd wird mit Handschlag verkauft, ein Handschlag genügt als Auftrag beim Bau eines Schiffes. Bei einem guten Menschen brauchst du keinen Vertrag, bei einem schlechten hilft dir kein Vertrag – so sprachen seine Zeitgenossen. Er brachte dieses Grundgefühl in die Worte: „...nach Treu und Glauben...“ und „... die guten Sitten...“. Lange vor ihm predigte das der Pfarrer von der Kanzel. Seine Zeitgenossen glaubten an den Wächter einer höheren Gerechtigkeit. Sein Bürgerliches Gesetzbuch brauchte keine Grundbegriffe zu definieren. Nun aber machen Starke die Gesetze nur für sich zum Nutzen. Und aus Unmoral entsteht geltendes Recht.

„Die Menschen müssen zurück zu Gott“, sprach er zu Plato. – „Ach ja“, verwunderte sich dieser. „Und zum  
(Fortsetzung auf Seite 7)

# Die größtmögliche Einheit zu schaffen

Von Klaus Buschendorf

(Fortsetzung aus Ausgabe 21/2007)

„Zunächst zu Artikel 1(1): „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Man

ren, dass sich der Staat ihrem Willen fügen und den Menschen zu dienen habe – und klar bekennen, dass ihre Ziele gegen die Ziele jener 10 Prozent gerichtet sind, die dem Staat heute ihren Stempel aufdrücken.

Das ist meine Folgerung aus dem Um-

entstellt. Kapital ist abstrakt gebraucht, hat einen Eigentümer. Das Wort dafür ist „Kapitalist“. Wo lesen wir dies Wort heute in der Presse? Es ist fast tabu. Sprechen wir richtig: Der „Kapitalist“ ist ein scheues Reh. Nun kommen wir viel leichter zu der Folgerung: Der Staat hat dem „scheuen Reh“, dem Kapitalisten, die Grenze für die „Vermarktung“ zu setzen, wenn der Kapitalist „dem Wohle der Allgemeinheit“ nicht dient! Dazu gibt ihm das Grundgesetz in den folgenden Sätzen die Macht-mittel.

Es ist klar, dass der heute von jenen 10 Prozent beherrschte Staat so nicht handelt und die Massenmedien so nicht reden. **Reden wir davon!** Denn das Grundgesetz gilt für alle Menschen, auch für die Kapitalisten! Wir weisen sie zunächst auf ihre grundgesetzlichen Pflichten hin. Erfüllen sie diese nicht, ist es unsere Aufgabe, den Menschen **diese** Zusammenhänge zu erläutern – **wieder und wieder**, wie es uns die Massenmedien für die andere Seite vormachen!

Nicht wir, die sozial Benachteiligten der Gesellschaft, dürften die Gewalt des Staates erfahren in Form der AGENDA 2010. Die Kapitalbesitzer, die „Kapitalisten“ (verwenden wir dieses Wort, um sie klar zu beschreiben), verstoßen gegen das Grundgesetz. **Wir sind es, die das Grundgesetz praktisch umsetzen wollen** mit unserem Widerstand – „zum Wohle der Allgemeinheit“.

Ich glaube, dies könnte der „kleinste gemeinsame Nenner“ sein. Er löst beileibe nicht alle unsere Probleme. Er ist aber der Ausgangspunkt, der Haken, von dem wir die anderen Konflikte unter uns gleichsam „aufdröseln“ könnten.



könnte auch formulieren: Die Staatsgewalt hat die Würde des einfachen Bürgers zu schützen. Denn in unserer gesellschaftlichen Struktur ist die Würde des Menschen praktisch nach der Einkommenspyramide gestaffelt, getreu dem Sprichwort: „Hast du was, bist du was.“ Der Staat hat die Ärmsten in Schutz zu nehmen vor den Reichsten. Die braucht er nicht schützen, sie können das allein. Diese Aufgabe erfüllt der Staat BRD nicht. Er hat sich spätestens mit der AGENDA 2010 auf die Seite der Reichen geschlagen.

Nun wäre die Schlussfolgerung falsch, den Staat abschaffen zu wollen. Der Staat ist die Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Er geht nicht abzuschaffen. Man kann ihn nur verändern. Augenblicklich wollen die Neoliberalen den Eindruck vermitteln, dass es der Staat sei, der den Bürger knechtet. Deshalb müsse man privatisieren. In Wahrheit ist es der von jenen 10 Prozent beherrschte Staat, der das tut, nicht der Staat an sich. Die soziale Protestbewegung sollte also als Ziel formulie-

gang mit dem Artikel 1 für die soziale Protestbewegung.

Und Artikel 14? (1) „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Er richtet sich an Eigentümer, große wie kleine. Kapital ist Eigentum. Es hat der Allgemeinheit zu dienen. Die Rolle des Staates wird nicht ausdrücklich erwähnt. Doch es kann kein Zufall sein, dass nachfolgende Absätze und Artikel von der „Sozialisierung“ handeln, also der Enteignung von Eigentümern. Das Grundgesetz der BRD hat also die Möglichkeit vorgesehen, Eigentümer (hier können nur große Eigentümer gemeint sein) zu enteignen, wenn sie dem Artikel 14 nicht folgen. Was aber hören wir heute von Massenmedien? Kapital sei „ein scheues Reh“, das flüchtet, wenn es sich woanders besser „vermarkten“ kann. Hier sehen wir, wie der Umgang mit der Sprache verwirrt und

## Der Verkauf ...

(Fortsetzung von Seite 6)

Gottesgnadentum der Fürsten gleich mit? Wozu dann die Revolution, dein Austerlitz, dein Verkauf von Louisiana? War das alles falsch?“ Er fand ihn doch schon, jenen Begriff, der in seinem Code zivil fehlt, weil seine Zeit noch nicht gekommen war. Umsetzen müsse man ihn. Man begrenze die Freiheit der Person bis dahin, wo sie die Freiheit des

Anderen berührt. Achtung vor dem Anderen, dem Behinderten, dem Dummen, dem Schwachen, ist in eine Gesellschaft zu bringen, die Korruption gebiert, weil nur Erfolg zu zählen scheint. „Man sollte sich wieder meines Schülers Aristoteles erinnern. Er hat das Maß in den Mittelpunkt gerückt. Zwischen Tollkühnheit und Feigheit liegt der Mut, sagte er. Es gibt kein Gift, nur die falsche Dosierung, ergänzte ihn der Arzt Paracelsus.“ Plato erinnert an ei-

gene Erfahrung: Vom Jugendwerk „Der Staat“, das kein Gesetz vorsah, weil der kluge Herrscher es nicht brauche, zum Alterswerk „Die Gesetze“, das keine Freiheit vorsah, weil man sie missbrauchen könne. „Die Menschen von heute müssen das rechte Maß finden.“

Plato richtet ihn auf – ihn, den kleinen Korsen. Er verstand ihn. Es war doch alles schon einmal da gewesen, nur – ein kleines bisschen anders.

# Zum Thema: ARGE-Beirat

## Offener Brief an den Landkreis Uckermark

Ist der Beschwerdeausschuss für ALG II-Empfänger in der Uckermark ein Flop?

Gesetz Hartz IV ist nur aus der Sicht der Regierenden ein Erfolg.

Unser Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“ hat sich schon mehrmals an den Sozialausschuss in Prenzlau gewendet. Das letzte Mal brachten wir dieses Thema bei der Stadtverordnetenversammlung in Angermünde zur Sprache.

Immer mehr Bürger, die von ALG betroffen sind, wenden sich an uns mit Problemen. Mehrmals rieten wir die Bürger, sich an den Beschwerdeausschuss in Prenzlau zu wenden. Aber das war aus unserer Sicht ein schlechter Rat. Uns wurde bestätigt, dass von dort nicht einmal eine Antwort kam. Auch unser Verein hat sich mehrmals an diesen Sozialausschuss gewendet, ohne Erfolg.

Wir fragten mehrmals nach, wie das in Zukunft weiter gehen soll. Aber die Wochen vergingen und bis heute haben wir keine Antwort erhalten. Nicht nur die Bürger fühlen sich jetzt verschaukelt. Nun möchten wir uns durch diesen offenen Brief Gehör verschaffen.

Die Probleme durch Hartz IV nehmen massiv zu. Viele Bürger wollen eine Auskunft oder möchten ihren Bescheid überprüfen lassen. Die Bürger fühlen sich im Stich gelassen. Das

Die Hartz-IV-Betroffenen wurden durch dieses Gesetz in Armut geschickt und entmündigt. Jetzt haben sie nicht einmal mehr die Chance, sich zu be-

schweren, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Wer ALG II bezieht, ist auf jeden Cent angewiesen. Es kann und darf nicht passieren, dass man wochenlang warten muss, bis der Widerspruch bearbeitet wird.

Jedem Fallmanager, der einen Bescheid zuungunsten der Bürger errechnet hat, müsste der Fehlbetrag von seinem Gehalt abgezogen werden. Alle Hartz IV-Betroffenen erhalten für jedes bisschen Sanktionen. Das gleiche müsste auf die Fallmanager zutreffen.

Der Landkreis kann und darf bei diesem Problem nicht die Augen verschließen. Die Bürger (das Wort beinhaltet auch die Arbeitslosen) müssen an erster Stelle stehen. Wir sind da, wir sind Realität und uns kann man nicht in eine Schublade stecken.

Unser Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“ (BgS) stellt sich weiterhin zur Verfügung, für alle Probleme mit Hartz IV. Zu erreichen sind wir auch am Wochenende unter 03331 / 23922 oder Handy: 016099726272.

Jeder Bürger, der Zweifel an der Richtigkeit seines Bescheides hat, sollte sofort einen Widerspruch einreichen. Es gibt auch Vergünstigungen für alle ALG II-Bezieher. Die sollte jeder nutzen und die entsprechenden Anträge beim Amt abgeben.

Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.  
Birgit Kühr, Vorsitzende



Quelle: Böcklerimpuls 17/2007

### Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

**Die Redaktion:** Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastr. 17, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de  
Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt), Rainer Thiel (Storkow),  
Uwe Birkner (Görlitz)

### online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>



zur Verfügung.

### Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. \* Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

**Kontakt:**

[kontakt@artikel-eins.com](mailto:kontakt@artikel-eins.com)

**Druck:**

**Selbstdruck**

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**

25.11.2007